

2.5. Qualifikationserfordernisse

Für die meisten Berufsfelder wird ein Grundstock an Kenntnissen computergestützten Arbeitens, neuerdings speziell des Umgangs mit modernen Kommunikationsmedien („*networking literacy*“) zur Basisqualifikation. Qualifikations-, Flexibilitäts- und Produktivitätsanforderungen werden im großen und ganzen erhöht, teilweise in Gestalt von instabileren Beschäftigungsverhältnissen. Lernwilligkeit, sozial-kommunikative Kompetenzen und generelle Problemlösungsfähigkeiten erlangen gesteigerte Bedeutung.

3. Beschäftigungspotentiale bei persönlichen Dienstleistungen

Demographische Faktoren wie die steigende Lebenserwartung, die zunehmende Erwerbsquote der Frauen, aber auch eine weitergehende Arbeitszeitflexibilisierung und/oder -verkürzung werden mehr und mehr zu einer Verschiebung der herkömmlichen Zeitschemata führen, wodurch es unter anderem zu einem veränderten Freizeitverhalten und einer neuen, verstärkten Nachfrage nach Freizeitangeboten und persönlichen Dienstleistungen kommt.

Zwei Kategorien sind dabei zu unterscheiden: „soziale Dienstleistungen“ wie Alten- oder Krankenbetreuung; und „haushaltsbezogene Dienstleistungen“ wie z. B. Reinigung, Gartenarbeit, Kochen oder auch kleine Botengänge (Einkäufe). Zu beachten ist allerdings, daß die Übergänge oft fließend sind und manche Tätigkeiten, wie etwa die der Kinderbetreuung, in beiden Kategorien angesiedelt werden können. Die vorgestellten Lösungsansätze im Bereich der haushaltsbezogenen Dienstleistungen wären daher teilweise auch für den Bereich der sozialen Dienstleistungen zu überdenken.

Der erwähnten generell steigenden Nachfrage nach sozialen und persönlichen Dienstleistungen steht allerdings ein im Vergleich zu sonstigen Wirtschaftsbereichen geringes Produktivitätssteigerungspotential gegenüber. Lohnerhöhungen im Gleichschritt mit den sonstigen Bereichen führen somit zu Preissteigerungen bzw. zu einem erhöhten Subventionsbedarf bei personenbezogenen Dienstleistungen. Steuerliche bzw. andere preisentlastende Maßnahmen könnten verhindern, daß bei gegebenen Preisen die Nachfrage nicht bzw. nur in der Schattenwirtschaft befriedigt werden kann.

Die Beurteilung der daraus entstehenden öffentlichen Kosten bzw. Steuerentfälle müssen dabei auch in einem Vergleich zu den finanziellen, sozialen und menschlichen Kosten der Arbeitslosigkeit gesehen werden. Die finanziellen Einsparungen reichen dabei von den Ersparrnissen in der Arbeitslosenversicherung (bzw. Umschichtung der Mittel der Arbeitslosenverwaltung) über andernfalls entgangene Sozialversicherungsbeiträge, Einkommensteuern und Mehrwertsteuern (höherer Konsum). Weiters ist in die Überlegungen die Tatsache miteinzubeziehen, daß es sich bei eventuell gewährten steuerlichen Erleichterungen um andernfalls ohnehin nicht lukrierte Steuereinnahmen handelt, da diese Tätigkeiten in die Schattenwirtschaft abwandern würden. Die Finanzierung solcher Modelle sollte sich daher mehr oder weniger aufkommensneutral gestalten lassen.